

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark  
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung  
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 16  
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsverzeichnisse

### Jetzt muß gepfiffen werden!

Die Aufmerksamkeit der Welt ist jetzt nach London, auf die dort tagende Konferenz der westlichen Regierungen gerichtet, die die Lösung des Reparationsstreites nach dem Dawes-Plan versucht. Unzählige Millionen Menschen wünschen, daß der Versuch gelinge. Währenddessen schießt die deutsche und die französische Reaktion giftige Pfeile nach der Konferenz, wodurch der Verständigungsversuch und die ihn stützenden Ministerien Herriot und Macdonald getroffen werden sollen. Daß in diesem Spiel die deutsche Nationaluntersippe die übelste Rolle spielt, sei nur nebenher erwähnt. Doch glauben wir, daß sich das Gezielt diesmal umsonst bemüht. Die große Mehrheit der Bourgeoisie der beteiligten Staaten verlangt jetzt die Regelung der Streitfrage, gewiß nicht aus friedensfreundlichen, wohl aber aus geschäftlichen Gründen. Der fünfjährige Zustand der Herrschaft Europas, der fortwährenden Erschütterung, der Ungewißheit ist für das Bürgertum, das Waren erzeugen, sie austauschen, Geschäfte machen will, sehr nachteilig gewesen. Die französische Bourgeoisie im besonderen hat nun endlich herausgefunden, daß mit der Pfänderpolitik Deutschland wohl schwer geschädigt, aber die gewünschte Beute nicht in die französische Schenker zu bringen ist. Und die deutsche Bourgeoisie wünscht die Lösung der Reparationsfrage auf Grund des Dawes-Plans, weil sie dadurch die bitter notwendigen Auslandskredite zu bekommen hofft.

In Deutschland beschränkt sich die Gegnerchaft des Sachverständigengutachtens auf die Nationalisten und die Kommunisten. Wie immer man zu den beiden Richtungen stehen mag, der unbereinigten Prüfung ihrer Gründe darf sich besonders der deutsche Arbeiter nicht entziehen. Die erlernten Lehren, das Gutachten bringe die Verflüchtigung des deutschen Volkes durch die Sieger, die andern behaupten, der Plan beende die Auslieferung des deutschen Proletariats an die weststaatliche Bourgeoisie. Welchem Antriebe immer diese Behauptungen entspringen mögen, eines Kerns von Wahrheit entbehren sie nicht. Denn die 2500 Millionen Goldmark, die Deutschland nach dem Gutachten auf eine noch unbestimmte Reihe von Jahren an die Sieger zahlen soll, stellen ohne Zweifel eine ganz ungeheure Last, eine Fesselung, eine Verflüchtigung dar. Und da diese Milliarden zu sieben Achtel aus dem Verbrauch und Wertschöpfen, das ist von der arbeitenden Klasse zu decken sind, so wird die unausweichliche Folge eine Verschlechterung des Reallohnes und eine schärfere Ausbeutung der Arbeiterklasse sein. Soweit ganz richtig. Die Frage ist nun aber, wie die Gegner des Gutachtens, die Nationalisten und Kommunisten, die Sieger zufrieden stellen wollen. Denn daß diese nicht auf das Recht, das sie von dem Versailler Schrein herleiten, verzichten werden, bedarf keines Zweifels.

In der Hauptsache: Wie die rücksichtslos fordernden Sieger befriedigen? haben weder die Nationalisten noch die Kommunisten eine Antwort, die vor der Herrschaft die Probe bestehen kann. Die Sieger durch Waffengewalt zum Verzicht nötigen? Dies ist dem entwaffneten Deutschland nicht gegeben. Und selbst, wenn es möglich wäre, müßte sich der Arbeiter dagegen wenden, weil es neuen Krieg bedeutete, weil das Viehe, anstelle der Lohnnechtheit die Kriegskriegsnechtheit zu setzen. Und daß diese gegen jene ein Mehrfaches an Drangsal, Schinderei, Unterdrückung und Blutopfer darstellt, braucht dem Arbeitergeschlecht, das die furchterliche Plutokratie erlebt hat, nicht auseinanderzusetzen zu werden. Die Reparationsleistung einfach verweigern und kommen lassen, was mag? Dies ist ja seit dem Sturz der Regierung Wirth gemacht worden. Die Ruhrbesetzung war die Folge und die Inflation. Die furchtbare Wirkung der Nichterfüllung wird bezeugt von dem enteigneten Mittelstand, von den ihrer Rotgrößen beraubten Witwen, Waisen und Rentnern, von den Tausenden von Arbeitern und Beamten, die ihre Heimstätte, ihre Freiheit, ja selbst das Leben eingebüßt haben. Die Nichterfüllung ist politisch wie wirtschaftlich viel teurer gekommen, als die Erfüllung. Als aufgehört wurde, die äußeren Feinde zu befriedigen, mußte begonnen werden, den inneren Feind, den großkapitalistischen Klüngel, zu befriedigen. Das bedeutete für das deutsche Volk einen Wechsel vom Regen in die Traufe. Die Verschlimmerung wird sich weitergehen, wenn der Dawes-Plan abgelehnt werden sollte. Denn dann würden die Rücküberträge oder ein ähnliches Erpressungsverfahren bleiben mit der Vergewaltigung von deutschem Volk und Boden durch eine fremde Soldateska.

Diesem Zustand gegenüber bieten die Vorschläge der Sachverständigen, so ungeheuer drückend sie auch sein mögen, doch immerhin den Vorteil, daß die Reparationsleistung aus einer Sache fremdherlicher Willkür zu einer Sache der Gerechtigkeit wird. Dann zeigen die Vorschläge einen Weg zur Beruhigung der Geister, zu einer Annäherung der Völker und gestatten die Aussicht auf eine endgültige erträglichere Regelung der Streitfrage. Vor allem aber verheißt die Annahme der Vorschläge die Möglichkeit, den Nationalisten zu beiden Seiten des Wasgenwalbes ihr wirksamstes Mittel der Völkerverhöhnung zu nehmen.

Um es zu wiederholen: das Sachverständigengutachten bringt für das deutsche Volk im allgemeinen und für die deutsche Arbeiterklasse ungleichbar eine niederdrückende Last. Raß dessenungeachtet der Arbeiter die Annahme des Gutachtens wünschen und fördern? Der bisherige Zustand ermöglichte der Kapitalistenklasse, sich gewaltig zu bereichern und ihre wirtschaftliche und politische Machtstellung beträchtlich zu vergrößern. Kann hierin die Annahme des Gutachtens etwas wenden, zugunsten der Arbeiterklasse, der Mehrheit des Volkes,

der treuesten Stütze der Republik und des Vaterlandes? Das ist die Frage. Von diesem Gesichtswinkel aus hat der Arbeiter wie seine wirtschaftliche und politische Vertretung das Gutachten zu prüfen. Bei ruhigem Überlegen wird man, so meinen wir, zu der Ansicht kommen, daß das Gutachten trotz der ungeheuren Belastung für die Arbeiterklasse gegenüber dem bisherigen Zustand eine Besserung bedeutet.

Dessen ist sich das Unternehmertum offensichtlich längst bewußt. Von diesem Bewußtsein wird seit Monaten sein Denken und Streben bestimmt. Um die Nachteile, die das Gutachten birgt, zu verhüten, sie abzuwälzen, beschwört und bedroht es die Gewerkschaften, schüchtert es die Regierung ein, verübt es Hinterlistigkeiten auf parlamentarischem Boden, läßt es seine papierernen Schreimaschinen ausnahmsweise laut heulen und Lügen predigen, kürzt es die Löhne und verlängert die Arbeitszeit. So das edle Geschlecht der industriellen Patrioten. Die landwirtschaftlichen Schwerverdiener fordern obendrein noch Schußzölle als Entgelt für ihre Zustimmung zu dem Gutachten. Ohne reichliche Entschädigung tun sie alle nichts fürs Vaterland, diese Patrioten. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß die Industriellen wie die Großgrundbesitzer, also die glücklichen Nutznießer des Krieges und der Inflation, sich eifrig bestreben, aus der kommenden Art der Reparationsleistung ein möglichst einbringliches Geschäft zu machen. So wie sie aus der Not des Krieges goldene Münze schlugen, die Ruhrbesetzung und deren Folgen, die Inflation zum Füllen ihrer Schenker ausnutzten, so hoffen und streben sie jetzt, daß ihnen die Regelung der Reparationsleistung zu einer prächtigen Ernte werde. Diesem Ziele dienen ihre politischen Winkelzüge und wirtschaftlichen Maßnahmen. Ihre Anstrengungen werden erst die nächsten Wochen den Höhepunkt erreichen, wenn der Reichstag die Verteilung der Lasten geschlecht bestimmt, die aus der Annahme des Sachverständigengutachtens erwachsen.

Die Arbeiterschaft hat allen Grund, dem Reichstagsgehungen, die über die Lastenverteilung entscheiden, mit voller Aufmerksamkeit entgegenzusehen. Daß sie das tut, dafür sprechen viele Zeichen. Ihre Erwartungen sind nicht frei von Mangelfest. Wenigstens bezeugen dies die Stimmen, die aus sozialistischen Gewerkschaftskreisen zu uns dringen. Man kann wohl verstehen, daß sie erwarten, daß die sozialdemokratische Fraktion mit aller Rücksichtslosigkeit strebe, daß im Reichstag der Plan der heutezeitigen Sippe vereitelt werde; wenn sie sagen, daß unter keinen Umständen mehr die Rede sein könne, das arbeitende Volk einmal mehr an Leib und Leben für die Sünden der kapitalistischen Oberschicht zu strafen; wenn sie verlangen, daß die sozialdemokratische Reichstagsvertretung nicht wieder wie bei der Lohnruhr und einigen anderen Gelegenheiten der Belastung der Arbeiterklasse zustimmt, ohne eine der belagerten Klasse entsprechende Belastung auf dem Gesetzbüchlein zu haben.

Die in sozialistischen Gewerkschaftskreisen vorherrschende Stimmung bezeugt, daß die Ermüdung, die man von dem jüngsten Parteitag füglich erwarten durfte, noch nicht in alle Schächte der sozialdemokratischen Welt gedrungen ist. Und so gern man zugibt, daß der Weg der sozialdemokratischen Fraktion mit unerhörten Hindernissen belegt war, so entschieden behauptet man, daß manches unterlassen wurde, was hätte getan werden können. Man fragt, wie es mit dem Bolschewismus in Sachen der Bodenreform stünde, daß damals angeknüpft wurde, als die Parteigenossen aufgefordert wurden, das Behaupten der Bodenreformer nicht zu unterstützen. Man behauptet, die Fraktion hätte früher günstige Gelegenheit genug gehabt, den Achtstundentag gesetzlich festzusetzen. Man hält es einfach unverständlich, wie der Kongreß der Partei, deren Lösung immer war: Dem Militarismus keinen Raum und keinen Großen! beschließen kann, dem Reichswehretat zugestimmt. Mit diesen paar Beispielen sei die lange Reihe der Klagen, die wir hören müssen, geschlossen.

Es will uns bedünken, daß manche der Klagen einem Mangel an Aufklärung entspringen. Dem sollte durch eine feste und völlige Aufhellung des Tuns und Unterlassens der Fraktion abgeholfen werden. Freilich, die wirksamste Aufklärung ist die Tat, die entschlossene Tat. Hierin sollten sich die leitenden Stellen der Sozialdemokratie die Reaktionen zum Vorbild nehmen. Die reaktionären Fraktionen tun nichts für die Regierung, ohne von ihr bestimmte Bürgerpflichten zu befragen. Wo immer die Reichsparteien aus Ruder kommen, werfen sie republikanisch gestimmte Beamte, Gesandte, Bürgermeister kurzerhand auf die Straße. Der sozialdemokratische Justizminister Kadbrück meinte einst, als er von der Selbsterhebung seiner Reformvorschlüsse sprach, die Wahlen der Justiz wählten sehr langsam, sein Nachfolger Guminger hat aber deutlich gezeigt, daß sie sehr rasch mahlen können. Die Reaktionen geben den Republikanern und Sozialisten einen nützlichen Anhaltspunkt unterrichtet im Handeln, der ihnen bislang gefehlt hat oder, was vielleicht richtiger ist, nicht praktiziert wurde. Etwas mehr von der unbekannteren Rücksichtslosigkeit könnte der sozialdemokratischen Fraktion wohl Gott nicht schaden. Was den Schwerverdienern recht ist, kann doch wahrhaftig für die Partei der Arbeiterklasse nicht unbillig sein. Die reaktionären Parteien haben nie viel aus bloße Mundspitzen gegeben, sie haben gepfiffen, und das sehr deutlich. Daß es die sozialdemokratische Fraktion ebenso hält, wird sie, wie wir annehmen, nächstens durch ihr Vorgehen bei der gesetzlichen Regelung der Reparationslasten beweisen. Sie wird den Honeßern und Schwarzhörnern zeigen, daß auch sie sich bewußt ist, daß jetzt gepfiffen werden muß. F. K.

### Die Liebesgabe an den Grundbesitz

Die deutsche Regierung hat dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Einführung von landwirtschaftlichen Schutzzöllen unterbreitet. Auf dem Verordnungsweg konnte die Regierung auch bisher schon eine Anzahl landwirtschaftlicher Produkte mit Schutzzöllen belegen. Das neue Gesetz soll die Zollfreiheit für Getreide, für Kartoffeln sowie für Vieh und Fleisch aufheben. Die Zollsätze können so hoch sein wie noch nie zuvor, indem die Zollsätze des autonomen Zolltarifs von 1902 zur Grundlage dienen sollen, die durch die früheren Handelsverträge in Wirklichkeit niemals erhoben wurden. Die Regierung soll zwar nach dem Entwurf diese ungeheuerlichen Sätze ermäßigen können, muß es aber nicht tun. Damit auch die Industrie nicht leer ausgeht, soll die Regierung dem Entwurf zufolge ermächtigt werden, Industriezölle nach Belieben einzuführen bezw. die bestehenden zu erhöhen. Der politische Charakter dieses Gesetzentwurfs ist offenkundig. Die Regierung will der deutschen nationalen Partei, welche landwirtschaftliche Schutzzölle fordert, einen Dienst erweisen. Sie hat den Zeitpunkt richtig gewählt. Die in der Tat bestehende landwirtschaftliche Krise ist wohl geeignet, die Köpfe zu verwirren. Niemand bestreitet, daß der Landwirtschaft geholfen werden muß, und in dieser Stimmung ist es verhältnismäßig leicht, der in diesen Dingen nicht bewanderten öffentlichen Meinung einzureden, daß der Schutz Zoll ein gutes Mittel für die Behebung der landwirtschaftlichen Krise darstellt.

Die Krise der deutschen Landwirtschaft ist eine reine Preis- und Ertragskrise, keineswegs aber eine Krise der landwirtschaftlichen Produktion. Die deutsche Landwirtschaft konnte sich seit dem Krieg verhältnismäßig erholen. Im Jahre 1922 war die Anbaufläche bereits nur um 3,4 v. H. geringer als vor dem Krieg. Ganz was der Getreidebau etwas zurück, so hat sich der Anbau von Handelsgewächsen usw. wesentlich gesteigert. Der Kaliberbrauch der Landwirtschaft hat sich seit dem Krieg vermindert, dagegen konnte der auf Grund der Haberischen Erfindung aus der Luft hergestellte Stickstoff der Landwirtschaft ein billiges Düngemittel zuleiten. In Bezug auf die Viehzucht bestand im Jahre 1922 noch eine Unterproduktion für Rindvieh um 12 v. H., für Schweine um 35 v. H. gegenüber der Vorkriegszeit. Nach einer jüngst erschienenen Veröffentlichung des amerikanischen Instituts für Volkswirtschaft dürfte dies aber in den letzten zwei Jahren ausgeglichen worden sein. Während der Zeit der Weltwirtschaftlichen Krise hat Deutschland Fleisch und Fett in gewaltigen, früher noch nie erreichten Mengen eingeführt. Der Grund dafür war, daß die Landwirtschaft infolge der Wertberwertung der Markt mit Vieh und Schweinen nicht selbst liefern konnte, dagegen konnten sie in diesen Jahren ihren Vieh- und Schweinebestand sehr erheblich in die Höhe bringen.

Die gegenwärtige Krise in der Landwirtschaft ist eine dreifache, Ertrags-, Preis- und Absatzkrise. Die Landwirte haben dank der Geldknappheit keine genügenden Betriebsmittel, ein Ubelstand, den sie mit der Industrie teilen und der eine Folge der Stabilisierung der Währung ist. Zweitens: Es besteht ein Mißverhältnis zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen und der Industrieprodukte, demzufolge der Landwirt für Produktionsmittel und Verbrauchsmittel größere Mengen seiner Produkte hergeben muß als früher. Dieses Mißverhältnis ist gegenwärtig eine Welterscheinung und hat vornehmlich in dem Umstand seine Begründung, daß seit dem Krieg die industrielle Produktion der Welt in einem größeren Maß zurückgegangen ist als die landwirtschaftliche. Trotz der Überkapitalisierung der Industrie in vielen Ländern steht die industrielle Erzeugung der Welt immer noch unter dem Vorkriegsstand. Dagegen hat die landwirtschaftliche Produktion der Welt, trotz der Ausfaltung des Anbaus vom Weltmarkt und der osteuropäischen Agrarreformen, den Vorkriegsstand bereits überstiegen. Die wachsende überweltliche Produktion ist für den Verbrauch verantwortlich. Endlich ist die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung für landwirtschaftliche Produkte so gering, daß sie nicht einmal die Weltmarktpreise zu bezahlen vermag, weshalb die deutschen Landwirte, um überhaupt einen Umsatz zu erzielen, unter den Weltmarktpreisen verkaufen müssen.

Dieser Umstand, daß nämlich die deutschen Agrarpreise gegenwärtig unter dem Weltmarktpreis stehen, zeigt, daß die Einführung von Schutzzöllen im gegenwärtigen Augenblick ein Unfug ist. Kann der Verbraucher nicht einmal die Weltmarktpreise bezahlen, wie soll er die um den hohen Zollsatz verteuerten Preise erzwängen? Die Regierung und die Deutschnationalen wissen es ebenso gut wie andere. Wenn sie dennoch jetzt schon auf der Einführung dieser unzulässigen Schutzzölle bestehen, so kann dies nur aus der Berechnung herborgehen, daß heute der Widerstand gegen die Schutzzölle vielleicht ein geringer sein wird. Wird sich später die Lage verändern, so können die Landwirte den Gewinn aus den Schutzzöllen in die Tasche stecken. Die Erfahrung lehrt, daß die einmal errichteten Schutzzölle ein langes Leben haben.

Das Mißverhältnis zwischen den Preisen der industriellen und landwirtschaftlichen Produkte, das, wie oben ausgeführt wurde, eine Welterscheinung ist, kann aber in absehbarer Zeit gut verschwinden. Die Leistungsfähigkeit der Industrie ist dank der erfolgten Erweiterung der industriellen Anlagen in sämtlichen Ländern gestiegen, und deshalb ist die Steigerung der industriellen Erzeugung der Welt durchaus möglich, sobald die Kaufkraft der Völker erhöht werden wird. Dies würde - vorausgesetzt, daß dem Monopolkapital Gegenstände entgegengekehrt werden können - die Verbilligung der industriellen Erzeugnisse in die Wege leiten. Auf der anderen Seite sind aber überall Zeichen dafür vorhanden, daß die Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Produkte - auch abgesehen von der gegenwärtigen Verringerung des Weltmarktes - auch auf die Dauer erhöht werden können. Außerdem, daß bereits in diesem Jahr eine erhebliche Einschränkung der Anbauflächen vorgenommen wurde, wird mit Hilfe großzügiger neuer Einrichtungen, wie: gemeinsame Verwertung landwirtschaftlicher Produkte durch Großgenossenschaften (Kanada), Neuregelung und Erleichterung des landwirtschaftlichen Kredits (Bereinigten Staaten) usw. die Erhöhung der Getreidepreise mit Erfolg angeht. Auch zeigte sich, daß die russische Produktion noch für sehr lange Zeit für den Weltmarkt kaum in Frage kommt, ebensowenig wie die Balkanländer, wo die Aufstellung des Bodens für längere Zeit mit dem Rückgang des Bodenertrages verbunden ist. Angesichts des zu erwartenden zukünftigen Konjunkturaufschwungs ist deshalb die Einführung von Schutzzöllen nicht notwendig.

Der Schutz Zoll stellt eine arbeitslose Rente dar, die den Landwirt auf das Faulbett legt und ihm den Anreiz zu ergeblicher Arbeit, zum Übergang zu besseren Arbeitsweisen und dem Anbau lohnender Gewächse nimmt. Es wäre sehr leicht, diese Behauptung mit Beispielen zu belegen. Der Regierungsentwurf vertritt die Verbraucher damit, daß der Schutz Zoll vielleicht nicht im ganzen Umfang vom deutschen Verbraucher getragen werden muß, sondern zu einem Teil vom ausländischen Verkäufer. Nun besteht die Wirkung des Schutzzöllen aus zwei Teilen: Einmal muß der Zoll nach jeder

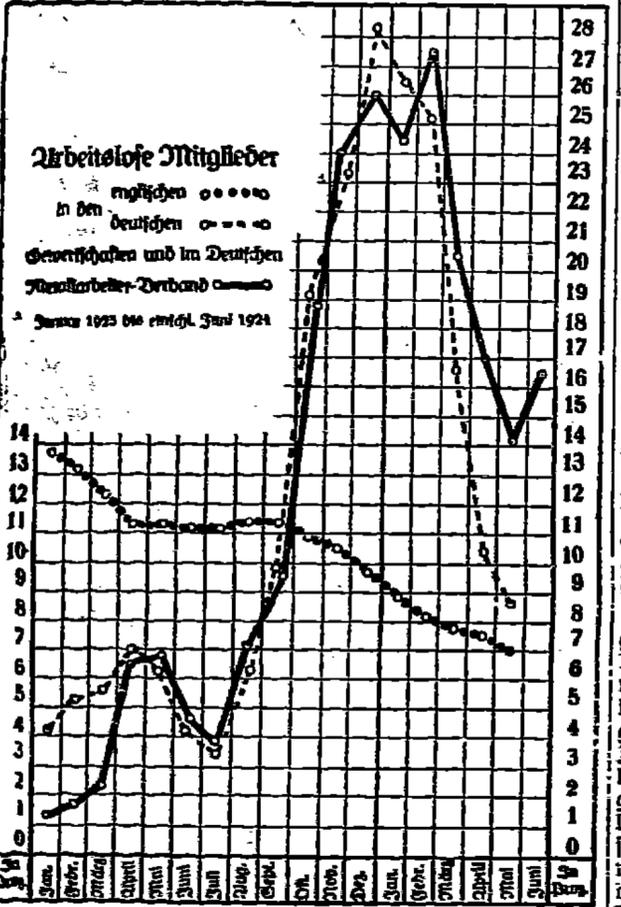
# Wirtschaftsstand und Gewerkschaftserfolg

Menge eingeführter Produkte an der Grenze entrichtet werden. Infolgedessen ist eine Verbrauchssteuer. Da Deutschland unter allen Umständen auf Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte angewiesen sein wird, kann ihm die Entrichtung dieser Verbrauchssteuer nicht erpart werden; das Einfuhrgetreide usw. wird jedenfalls um den Betrag dieser Steuer teurer werden, als ohne den Schutz. Die gleiche Wirkung des Schutzes ist, daß er die Preise der landwirtschaftlichen Produkte erhöht. Nur bei diesem Teil kann davon die Rede sein, daß die Erhöhung nicht am ganzen Betrag des Schutzes aufzufinden wird, was aber ganz unklar ist. Jedenfalls wird aber auf Kosten der Arbeiter eine neue Verbrauchssteuer der ungeschützten Art, eine Brotsteuer ins Leben gerufen.

Somit enthält sich das wirkliche Gesicht der Agrarschutzölle. Die Reparationslasten sollen auf Kosten der Arbeiterklasse, insbesondere durch Arbeitszeitverlängerung getragen werden. Die Arbeiterklasse soll auch der Landwirtschaft einen vollkommen ungerechtfertigten Tribut leisten. Arbeitszeitverlängerung und landwirtschaftliche Schutzölle sind aus demselben Mutterkorn geboren.

## Die Arbeitslosigkeit im 1. Halbjahr 1924

In allen Industrieländern, mit Ausnahme von Amerika, setzte im Jahre 1924 eine Erholung des Wirtschaftslebens ein. In Deutschland sank die Zahl der arbeitslosen Mitglieder der Fachverbände vom Dezember 1923 bis Ende Mai 1924 von 23,2 v. H. auf 8,6 v. H. Im Dezember 1923 war im DRB die Zahl der arbeitslosen Mitglieder um 2 v. H. niedriger als bei den anderen Fachverbänden. Auch Ende Januar war die Lage der Metallarbeiter noch um 2 v. H. günstiger. Von Februar an verteilte sich das Bild. Bei den übrigen Fachverbänden sank die Zahl der arbeitslosen Mitglieder im Februar weiter. Beim DRB trat eine Erhöhung der Arbeitslosen um mehr als 3 v. H. ein. Die Arbeitslosenzahl blieb im März und April um 4 v. H., im Mai um fast 8 v. H. höher als bei den anderen deutschen Fachverbänden. Das ist ein Zeichen, daß besonders die Metallindustrie von der einsetzenden Kredit- und Absatzkrise betroffen wurde. Im Juni aber stieg die Arbeitslosenzahl wieder, und zwar um 2,3 v. H.



Jar Bearbeitung des Arbeitsmarktes sind neben den Arbeitslosen auch die Kurzarbeiter festzustellen. Bei den eintretenden Schwankungen im Wirtschaftsleben steigt entsprechend die Zahl der Kurzarbeiter schneller als die der Arbeitslosen. Ende Mai waren in der Metallindustrie 204 196 Kurzarbeiter vorhanden. Das sind 20,4 v. H. der überhaupt erfassten Metallarbeiter. Im Laufe des Monats Juni fiel diese Zahl (auf 147 492) auf 331 688, das sind 17 v. H. der erfassten Metallarbeiter. Die Zahl der fälligen Betriebe betrug Ende Mai 467, Ende Juni 557, aber die davon bestafftesten Arbeiter nahmen ab, und zwar von 87 000 auf rund 64 500. Auf einen fälligen Betrieb kommen im Mai 186, im Juni 114 Arbeiter. Es handelt sich also bei den im Juni fälligen Betrieben hauptsächlich um kleine und mittlere Betriebe.

Das Schaubild zeigt neben den Arbeitslosen auch für die deutschen Fachverbände und für den DRB die Arbeitslosenzahl der erfassten Fachverbände. Auffallend ist die stetige Erhöhung der Arbeitslosenzahl in England seit September vorigen Jahres. Allgemein gesprochen, ist auch in England die Arbeitslosigkeit sehr hoch.

Grund und Boden darf nicht endgültig veräußert werden, denn man ist das Land, und es ist nur Götze dem mit.

## Weltanschauung eines „Berrückten“

Das Jesus wurde noch sehr jung zum Bischof der amerikanischen Episkopal-Kirche gewählt. Während des Weltkrieges nahm er eine radikal-geistliche Stellung ein. Er verwirklichte jede nie immer geordnete Teilnahme am Krieg. Er legte sein Amt nieder und widmete sich ganz der Arbeit des amerikanischen Verbandsverbandes, dessen Generalsekretär er jetzt ist. In dem Reichstag des internationalen Verbandsverbandes, das in London erscheint, werden jetzt einige Reden von Jesus veröffentlicht, denen er die Überschrift „Die Weltanschauung eines „Berrückten““ gegeben hat.

Ich bin verurteilt geworden. Eines der Todsünde, daß ich mich für einen „Berrückten“ halte, beweist es, denn bekanntlich ist das alle Todsünde. Ich bin immer immer zu ganz entgegengesetzten Ansichten als meine Verwandten und Intellektuellen Bekannten. Die logische Folgerung liegt auf der Hand: Wir können von den herkömmlichen gemeinsamen Voraussetzungen ausgehen, die jederdenkliche Berrücktheit meines Geistes liegt nun in irgend einer isolierten Stellung fremden. Ein Beispiel: Wir haben die Idee gemeint, daß der Mensch ein geistiges Wesen ist. Meine Freunde behaupten, daß die einzige beweisbare Tatsache, durch welche die Menschen die notwendigen Güter erzeugen können, der Konstruktionskampf ist, während ich den offenbar ganz natürlichen Gedankengang sehe, daß es ihrer sozialen Natur viel mehr entspricht, daß jeder und jederdenkliche Mann, wenn sie sich befinden, Jesus Jesus durch Japanerarbeiten zu errichten.

Ich finde mich meistens nicht allein in diesen Dingen. Es gibt Leute, die ich kenne, die immer mehr und mehr eine Art Dummheit durchgeht, die darauf ausgeht, aus intellektuell klugen zu dummen, und das ist sehr zu bedauern, weil der Natur jeder menschlichen Vernunft und auch ihrer Gedanken zu folgen.

Mein geistiger Zusammenbruch muß schließlich erfolgt sein, denn ich begann mein Leben in einer völlig normalen Atmosphäre, in der

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft vollzog sich in steten Schwankungen des Geschäftsganges. Unter und schlechter Geschäftsgang, Aufschwung und Stodung lösten einander ab. Bestimmte Regelmäßigkeit lag in diesen Bewegungen. Ein Rückblick auf die letzten 20 Jahre zeigt uns dies deutlich. In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war wirtschaftlicher Aufschwung, der deutsche Handel bahnte sich den Weg zum Weltmarkt. Plötzlich die Stodung. Es folgten Jahre des Niederganges, der 1891 seinen Tiefstand erreichte. Nach jahrelangem Daniederliegen begann 1895 wieder eine Besserung, die zu einer wirtschaftlichen Blütezeit von einem halben Jahrzehnt wurde. Ihr folgte 1901 und 1902 der schwere wirtschaftliche Zusammenbruch, der sich politisch in den geschichtlichen Auseinandersetzungen des Reichstags um den Zolltarif wieder spiegelt. Nach diesem Zusammenbruch begann 1903 abermals das Wechselspiel: langsame Aufschwung, dann von 1904 bis 1906, glänzender Geschäftsgang, hierauf neue Stodungen im Jahre 1907, wiederum Niedergang und Krise von 1908 bis 1909. Die Wellenlinie des Geschäftsganges nahm im Jahre 1910 erneut aufsteigende Richtung. Sie führte zu den kapitalistischen Erntefahren von 1913 und 1914, wo die deutsche Handelsbilanz zum ersten Male aktiv ward.

Die hier flüchtig gezeichneten Schwankungen der deutschen Wirtschaft waren und sind, begreiflicherweise, von nachhaltigem Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Werden doch durch diese Schwankungen die unangenehmsten Wirtschaftskämpfe zwischen Arbeiterklasse und Unternehmertum um den Anteil am Ertrage der Arbeit sehr erheblich bestimmt. In Zeiten des Aufschwunges und guten Geschäftsganges, wenn Arbeit und Handel in Blüte stehen, haben die Gewerkschaften günstige Kampfbedingungen, in Zeiten des Niederganges aber hat sie das Unternehmertum. In guten Geschäftsjahren braucht die Industrie alle vorhandenen Arbeitskräfte. Sie hat in der Zeit des Niederganges ihre technischen Einrichtungen ausgebaut und erneuert. Der Wettbewerb soll von neuem beginnen, wohlfeile Ware in Masse erzeugt werden. Vermehrung des Kapitals ist für das Unternehmertum erstes Gebot. In solcher Zeit haben die Bestrebungen der Gewerkschaften Aussicht auf Erfolg. Sobald aber die absteigende Wellenlinie wieder beginnt, ist es mit den günstigen Kampfbedingungen der Gewerkschaften aus. Denn nun wird die Arbeitszeit wegen Arbeitsmangel verkürzt, werden Arbeiter massenhaft entlassen. Ein Meer Arbeitsloser entsteht, dessen bloßes Vorhandensein die Lage der noch beschäftigten Arbeiter ungünstig beeinflusst. Mit der Verschiebung der günstigen Kampfbedingungen auf die Seite des Unternehmertums setzt bei diesem das Streben nach rüdwärts nachdrücklich ein. Es geht nunmehr zum Angriff gegen die Arbeiterklasse und Gewerkschaften über, um ihnen streitig zu machen, was sie in guter Zeit errungen hatten. Nicht nur sollen die kleineren Vorteile mit einem Federstich beseitigt werden, sondern auch die Stückpreise sollen gesenkt, Stundenlöhne verringert, die Arbeitszeit — trotz Mangel an Arbeit — verlängert werden. Vollkommen irrig ist daher die Ansicht der bürgerlichen Welt, als sei einzig und allein die Arbeiterklasse oder ihre Gewerkschaft Angreiferin auf wirtschaftlichem Kampffeld. Die Wirklichkeit lehrt etwas anderes.

Seitdem es in Deutschland kapitalistische Unternehmungen gibt, sind Streiks ausgebrochen. Sie waren freilich an Zahl, Umfang und Wirkung geringfügig. In den zwanzig Jahren von 1845 bis 1865 sind in Preußen im ganzen 51 Wirtschaftskämpfe zu verzeichnen gewesen. Mit dem Fall des Sozialistengesetzes wurden die Wirtschaftskämpfe heftiger und schwerer. Zum Beispiel haben in den ersten zwei Jahren nach dem Sozialistengesetz (1890 und 1891) über viermal soviel Streiks stattgefunden, als in den vorhin genannten zwanzig Jahren, nämlich 226 Angriffstreiks und 79 Abwehrstreiks, an denen zusammen 45 000 Arbeiter beteiligt waren. Ziel dieser Kämpfe war nicht nur kürzere Arbeitszeit und höherer Verdienst; darüber hinaus sollte der Machtwort der Fabrikherren gebrochen werden. Sollte doch das Unternehmertum niemanden, weder den Staat noch die Gewerkschaften in das Arbeitsverhältnis hineinreden lassen. Arbeiterchutzesetze und Tarifverträge waren ihm in der Seele verhaßt. Es wollte mit allen Machtmitteln den persönlichen Arbeitsvertrag beibehalten, während die Gewerkschaften den kollektiven Arbeitsvertrag erstrebten. Das Unternehmertum beantwortete die Bestrebungen der Gewerkschaften im Jahre 1900 mit nicht weniger als 42 Ausperrungen, die 787 Betriebe mit 14 000 Ausgesperrten betrafen. Aber je schärfer, rücksichtsloser und umfangreicher in den nun folgenden Jahren eine Ausperrung nach der anderen durchgeführt wurde, um die Gewerkschaften zu zerlegen und ihre Mitglieder müde zu machen, desto mehr wurden die Unorganisierten in die Gewerkschaften hineingetrieben und desto kräftiger setzten die Gewerkschaften ihre Angriffe fort. So war es Jahrzehnte hindurch. In guter Geschäftsjahre griffen die Gewerkschaften an, in schlechter die Arbeitgeberverbände. Daher überwogen in guten Geschäftsjahren die Angriffstreiks, in schlechten die Abwehrstreiks und Ausperrungen. In den

zwei guten Geschäftsjahren 1906 und 1907 wurden zusammen 3988 Angriffstreiks, 1911 Abwehrstreiks und 962 Ausperrungen durchgeführt. Dagegen waren in den zwei folgenden schlechten Geschäftsjahren (1908 und 1909) nur 1700 Angriffstreiks, aber 2246 Abwehrstreiks und 572 Ausperrungen zu verzeichnen.

Noch deutlicher zeigt sich der Einfluß des Geschäftsganges auf die Art der Wirtschaftskämpfe, wenn sämtliche Angriffsbewegungen (ohne und mit Arbeitseinstellungen) der schlechten Geschäftsjahre von 1908 und 1909 (sämtliche Angriffsbewegungen der guten Geschäftsjahre von 1911 und 1912 gegenübergestellt werden. In den schlechten Geschäftsjahren 1908 und 1909 wurden insgesamt 7987 Angriffsbewegungen durchgeführt, dagegen 1911 und 1912, den guten Geschäftsjahren, 15 711. Die Zahl der Angriffsbewegungen hatte sich also in diesen beiden Jahren gegenüber den beiden Vorjahren fast verdoppelt. Die Abwehrbewegungen und Ausperrungen der beiden guten Geschäftsjahre von 4458 bleiben hinter denen der beiden schlechten Geschäftsjahre mit 4646 zurück.

Im Jahre 1913 gaiten die Wirtschaftskämpfe, besonders in der Metallindustrie und im Bergbau, dem Abschluß von Tarifverträgen. Das Unternehmertum der beiden größten Industrien war durch seine Verbandsstatuten verpflichtet worden, „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln“ dem Abschluß von Tarifverträgen zu widerstreben. In diesem Jahre wurden 1425 Angriffstreiks, 6518 Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung, ferner 899 Abwehrstreiks, 854 Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung und 460 Ausperrungen durchgeführt.

Dann kamen die Jahre des Weltkrieges. Sie bieten keine Vergleichsmöglichkeit. Erst im November 1918 fanden wir einen neuen, einen treffenden Beweis in dem damaligen Stande des Machtverhältnisses zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden. Die Volksbeauftragten versetzten in einer Kundgebung vom 12. November 1918, es werde spätestens am 1. Januar 1919 die achtstündige Höchstarbeitszeit gesetzlich festgelegt werden. Aber schon drei Tage nach der erwähnten Kundgebung schlossen die Spitzen der Unternehmerverbände mit den Gewerkschaften jene bekannte Vereinbarung, deren Punkt 9 wie folgt lautete:

„Das Höchstmäß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf 8 Stunden festgesetzt.“

Die in den folgenden drei Jahren (1919/21) durchgeführten Wirtschaftskämpfe soll die folgende Zusammenstellung veranschaulichen:

Jahr	Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung	Angriffstreiks	Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung	Abwehrstreiks	Ausperrungen
1919	22582	3878	237	226	60
1920	32764	4801	247	460	236
1921	49092	4728	406	400	579

Die große Anzahl der Wirtschaftskämpfe in diesen drei Jahren erklärt sich nicht nur aus dem schon damals merklichen Verfall der deutschen Mark, sondern aus der nun erfolgten Beteiligung der Angestellten und Beamten, Land- und Forstarbeiter an den wirtschaftlichen Kämpfen. Diesen Gruppen war bis dahin die Teilnahme an den Wirtschaftskämpfen gesetzlich unmöglich gemacht. Erst durch Artikel 130 der neuen Reichsverfassung wurde ihnen das Koalitionsrecht gewährleistet.

In den Jahren 1922 und 1923 fanden die Wirtschaftskämpfe im Zeichen des völligen Zusammenbruchs der deutschen Währung. Eine Lohnbewegung jagte die andere, Streiks folgten auf Streiks.

Mit der Besetzung des Ruhrgebiets, die den Währungsverfall besiegelte, entstand von neuem eine ungünstige Wirtschaftslage. Das Unternehmertum wurde drifter und lächer. Die Reichstagswahlen von 1920 hatten ihm politisch günstigere Verhältnisse geschaffen. Es bereitete auf allen Gebieten den Angriff auf den Achtstundentag vor. Und als zu Anfang des Jahres 1924 nach der Neuordnung und Festigung der deutschen Währung erneuter wirtschaftlicher Niedergang eintrat, ging es zum Frontangriff auf den Achtstundentag über. Die schweren Kämpfe um seine Erhaltung, die besonders unser Verband gegen die in Konzern zusammengefaßten mächtigen Unternehmungen der Metallindustrie geführt hat, konnten jedoch den Raub im allgemeinen nicht verhindern.

Trotz dieser betrübenden Tatsache ist Mutlosigkeit unangebracht. Das Gesagte zeigt, wie Günst und Ungünst der Wirtschaftsverhältnisse auf unsere Arbeiten und Kämpfe wirken. Der aufgeklärte, mit der freien Gewerkschaftsbewegung tren verbundene Arbeiter lebt in der richtigen Erkenntnis, daß Arbeitszeit und Lohnbedingungen, die Verteilung des Ertrags der Arbeit zwischen Unternehmertum und Arbeiterklasse, sich in der jetzigen Gesellschaftsordnung richten nach dem Machtverhältnis. Die Besserung der Wirtschaftslage wird zu neuen, noch schwereren Kämpfen führen. Es ist notwendig, unsere Reihen geschlossener zu halten.

breiten, statt nur zu versuchen, die Kirche zu fördern. Unsere Erfahrungen brachten uns zu der weiteren legerischen Ansicht, daß die einzige Art, seine Ideen anderen mitzuteilen, die sei, daß man ihnen, und wenn sie noch so unecht zu haben scheinen, Liebe und Vertrauen entgegenbringt, statt sie anzugreifen und Zwang auf sie auszuüben. Ein weiterer Einfluß, der mich in meiner Verirrung befestigte, ging von dem Bischof Spalding aus, mit dem ich acht Jahre in Utah arbeitete. Er war vermessend genug, zu glauben, daß die von Jesus gelehrten Grundsätze in der Industrie und in den internationalen Beziehungen nicht nur angewendet werden könnten, sondern sogar angewendet werden sollten. Dem gefährlichen Einfluß seiner starken Persönlichkeit konnte ich nicht widerstehen und erlernte mich so auch weiter von den gefundenen Ansichten, auf denen die Stabilität unserer Gesellschaftsordnung beruht. Zwar habe ich jene Freude am Leben gefunden, die ich mir erhofft hatte, aber nur auf Kosten der Achtung der rechtfertigenden bewertenden Gesellschaft. Man sehe nun, zu welchen selbstamen Folgerungen mich jene abnorme Entwidlung meines Lebens geführt hat und welche Kräfte dadurch zwischen den wohlgeordneten Meinungen meiner Mitbürger und den meinen entstanden ist. Nachdem ich mir einmal die Idee zu eigen gemacht hatte, daß die Grundsätze Christi auf alle Beziehungen der Menschen untereinander anzuwenden seien, ferner, daß die Lebenswirklichkeit unter diesen Grundsätzen, der unbedingte Wert der Persönlichkeit, die Notwendigkeit, die Brüderlichkeit allem anderen voranzusetzen und die Anwendung der schöpferischen Liebesträfte als einziger Weg, das Übel zu überwinden, seien, so war es einfach aus mir, als es sich darum handelte, zum Kriege in einer gefunden und normalen Weise Stellung zu nehmen. Hätte man daran gedacht, meinen Geisteszustand unterfragen zu lassen, als ich zum Nachfolger von Bischof Spalding gewählt wurde, so wären die Schwierigkeiten für die Kirche gemindert worden; aber es fiel niemandem ein, nachzuprüfen, ob ich auch die richtigen Reflexe zeigte. Statt daher den Krieg als einen

Familie eines Geistes, und wußte auf in der Gesellschaft durchaus verstanden werden. Ich bin der Meinung, daß die Jahre, die ich an der Universität Yale verbrachte, taun nichts dazu, um jene gewissen Kräfte, die ich in ganz natürlicher Weise angenommen hatte, zu erlöschen. Ich erinnere mich, daß ich bei dem Antrittsjahr 1922 eine Forderung unter die Streifenbrüder ging. Daß die besten Menschen ein natürliches Anrecht auf die besten Dinge hätten, daß die Wohlhabendheit ein Beweis menschlicher Tüchtigkeit, Strafe die einzig angemessene Behandlung von Verbrechern sei, daß die fremden Einwanderer in der ihnen gebührenden Stellung als Arbeitskräfte zu halten seien, daß Herr und Platte die rechtmäßigen Verteidiger der Nation seien, daß die Kirche als das natürliche Sprüngholz aller anständigen und christlichen Werte betrachtet werden müsse — alle diese Anschauungen waren durch die Erziehung auch die meinigen geworden.

Beiläufig trat meine Meinung zum Überfließen zum ersten Male zutage, als ich an der Hochschule war. Ich fand nämlich, als ich über meine persönliche Lebensarbeit nachdachte, daß ich kein Interesse an Erfolg, in der allgemeinen üblichen Auffassung des Wortes, hatte. Diese Idee, daß ich mein Leben nicht damit verbringen wollte, Dinge für mich selbst zu erwerben, ferner es zum Reichtümer oder Siegelung, bezog sich nicht auf meine ersten Absichten vom Romanen. Ich wendete mich der höchsten Gesellschaft an, als dem einzigen Beruf, der mir jene volle Lebenszufriedenheit versprach, die ich mir wünschte. Die Kirche dieser ersten Absichtung allgemein anerkannter Normen, die mich immer weiter zum gefunden Denken weg und in die Gesellschaft der nicht erst zu beschreiben Jahren sollte, kann ich nicht in der Unberührt lassen. Die wahre Kirche kennt eher gewesen zu sein, daß ich alles, was ich damals, in der Konzeptionsphase und in der Kirche über Jesus und seine Lehre gehört hatte, zu erst mal.

Ich arbeitete gemeinsam mit einem Freunde in Utah. Wir unternehmen es, das Verhältnis und die Anwendung der christlichen Grundsätze unter allen Centen, ob Romanen, ob Heiden, zu ver-

# Ungarischer Brief

Infolge der Zollgemeinschaft mit Österreich mußte sich Ungarns Industrie in der Vorkriegszeit einseitig entwickeln. Sie konnte nicht umhin, sich den Wünschen des österreichischen Kapitalismus anzupassen. Die Folge war, daß sich Ungarns Eisenindustrie gewaltig entfaltete, während andererseits die Gewerbe für Bekleidung, Leder- und Textilwaren usw. in den Kinderschuhen stecken blieben. Österreich war darauf bedacht, daß Ungarns landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht an den Markt anderer Staaten kamen, sondern im Austausch gegen Industriewaren nach Österreich gelangten. Die Entfaltung der ungarischen Eisenindustrie wurde freilich auch durch die Heeresbedürfnisse mächtig gefördert. Die Besetzung, daß „ohne die großzügige Entwicklung der Eisen- und Metallindustrie der Krieg in den ersten vierundzwanzig Stunden verloren“ sei, ließ ihre Förderung nicht zu vernachlässigen.

Durch den unglücklichen Ausgang des Krieges wurde das Gleichgewicht der ungarischen Industrie noch vollends erschüttert. Die Sieger haben dem Lande zwei Drittel des Landesgebietes genommen, besenungeachtet sind 82 v. H. der Eisen- und Metallindustrie bei Ungarn verblieben. Eine im Verhältnis zu Landumfang und Bevölkerungszahl übergroße Metallindustrie ist natürlich in hohem Maße auf Ausfuhr angewiesen. Leider aber hat Ungarn durch außenpolitische Fehlschritte das Vertrauen seiner unmittelbaren Nachbarn verloren, was in einer Verminderung der Ausfuhrmöglichkeit zum Ausdruck kommt. Während die ungarische Obrigkeit die Zeit mit Verfolgung der Arbeiterchaft und politischem Schwanz verbrachte, sicherten sich Tschechien und Österreich für ihre Industrie den Markt in Polen und auf dem Balkan. Die Verteilung des inneren Marktes und der Mangel an ausländischen Absatzgebieten lähmten die ungarische Metallindustrie beträchtlich. Und wenn es hier und da einen Aufschwung gegeben, so immer nur, wenn die Krone im Sinken war, wodurch die ungarischen Erzeugnisse gegenüber denen des Auslandes billiger, wettbewerbsfähig wurden.

Dieser Stand der Dinge macht es erklärlich, daß die ungarische Eisen- und Metallindustrie eine sehr große Arbeitslosigkeit aufweist. Im Januar 1924 waren 13,3 v. H. der Eisen- und Metallarbeiter arbeitslos, bis Ende Juni d. J. erhöhte sich diese Zahl auf 31,4 v. H. In der ersten Woche des Monats Juli stieg die Zahl noch um 8,5 v. H. Da aber eine amtliche Zählung der Arbeitslosen hierzulande derzeit nicht besteht, können wir uns nur an die obigen Zahlen halten, die der Unterjochung des Eisen- und Metallarbeiterverbandes entstammen. Nach den Angaben des staatlichen Arbeitsvermittlungsamtes fallen im Landesdurchschnitt auf 100 Arbeitsstellen 130 Arbeitsuchende, während sich in Budapest durchschnittlich auf 100 Arbeitsstellen 167 Arbeitslose melden. Der ungeheure Umfang der Arbeitslosigkeit kommt charakteristisch in der Tatsache zum Ausdruck, daß sich in Budapest für Tagelöhnerarbeit fast ausschließlich Facharbeiter melden. Eine Reihe von Anzeichen deuten darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit noch immer nicht ihren Höchstpunkt erreicht hat. Die durch die Auslandsanleihe bedingte Sanierung ist im Zuge, und wegen der daraus entstehenden Unsicherheit im Wirtschaftsleben beabsichtigen die Unternehmer der Eisen- und Metallindustrie, demnächst eine größere Anzahl von Arbeitern zu entlassen.

Dieser großen Arbeitslosigkeit gegenüber bekundet die Regierung die größte Gleichgültigkeit. In Ungarn ist eine staatliche Arbeitslosenunterstützung noch immer unbekannt, nur die Gewerkschaften bieten den Arbeitslosen gelbliche Unterstützung. Wiederholte Eingaben der Arbeiterchaft an die Regierung wurden jedesmal damit abgewiesen, daß der Staat die durch die Unterjochung der Arbeitslosen erwachsende Belastung nicht ertragen könne. Aber auch sonst könne es der Staat nicht tun, weil er durch die Unterstützung der Arbeitslosen jenen das Dasein sichere, die nicht arbeiten wollen. Solche Ansichten machen es verständlich, daß die Sozialpolitik der Regierung mit „apathisch“ bezeichnet wird.

Die ungarische Eisen- und Metallindustrie der Friedensjahre stütze sich auf den niedrigen Arbeitslohn. Das ist heute in gesteigertem Maße noch der Fall. Was Wunder, daß die Lage der ungarischen Eisen- und Metallarbeiter keine beneidenswerte ist. Von Anfang Juli 1914 bis Ende Juni 1924 sind die Preise der Bedarfsartikel auf das 19,668fache gestiegen, demgegenüber stiegen die Arbeitslöhne bloß auf das 12,361fache. Die Teuerung ist insbesondere in der Zeit von Mitte Mai bis Mitte Juni d. J. weit in die Höhe gegangen, und zwar die Lebensmittel um 16,93 v. H., sonstige Bedarfsartikel um 7,81 v. H., Heizmaterial und Beleuchtung um 5,18 v. H., die Bekleidung um 3,60 v. H., Haushaltungskosten um 2,44 v. H. Die größte Teuerung zeigt sich also bei den Lebensmitteln, was schon deshalb sonderbar ist, daß Ungarn sozusagen als die Lebensmittelkammer Mitteleuropas betrachtet wird. Am 1. Januar 1924 betrug die innere Kaufkraft der Papierkrone noch 17,4, am 31. Mai bloß 12,6 und am 6. Juli bloß mehr 5,27 Friedensfeller.

In den Jahren vor dem Kriege wurden die Arbeitslöhne durch Abereinkommen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber festgesetzt. In den ersten Kriegsjahren hörte dies auf, was die Arbeitgeber zum schrittweisen Herabsetzen der Löhne anspornte. Die

demzufolge die Lohndifferenzen immer häufiger wurden, schuf die Regierung zwecks Wahrung der Kriegsnötwendigkeiten die sogenannten Beschwerdekommissionen, worin auch die Arbeiterorganisationen vertreten waren. Bei Beschwerdefällen setzte die Kommission den Arbeitslohn fest. Nach dem Kriege hörten auch diese Kommissionen zu wirken auf, und nach dem Zusammenbruch der proletarischen Diktatur erklärten die Arbeitgeber, das Recht der Lohnfestsetzung sei ausschließlich ihre Sache.

Dieser Zustand schuf hinsichtlich der Lohnhöhe einen unhaltbaren Zustand, den die Arbeiterchaft nur mittels ihrer Organisation einigermaßen bessern kann. Die parlamentarische Fraktion der sozialdemokratischen Partei hat zwecks Beseitigung der Lohnbittart der Arbeitgeber der Nationalversammlung wiederholt Vorschläge eingereicht, aber ohne Erfolg. Die Fraktion hat die Einsetzung von Lohnneigungsämtern und die Errichtung von Arbeiterkammern beantragt, auch das wurde jedesmal, wenn es der vertretende Fraktionsführer verlangte, von der Mehrheit der Nationalversammlung verworfen. Die Regierung ändert und erhöht die Gehälter der Staatsbeamten auf Grund des jeweiligen Leuerungsindex, aber es fehlt ihr der Mut dazu, die indermäßige Entlohnung auch für die private Lohnarbeiterchaft anzuordnen. Neulich wurden sogar Verfügungen getroffen, die den Arbeiter noch mehr der Willfür des Arbeitgebers ausliefern. Ein Abschnitt des jetzt in der Nationalversammlung zur Verhandlung stehenden sogenannten Ordnungsgesetzes betrifft das Arbeitsverhältnis der Arbeiter in öffentlichen Betrieben. Diesen Arbeitern wird unter Strafandrohung die Teilnahme an einem Streik verboten. Demgegenüber können die Arbeitgeber die Arbeiter jederzeit ungestraft auspernen. Welche Betriebe als öffentliche Betriebe zu gelten haben, wird durch die hierzu berufenen Behörden von Fall zu Fall festgesetzt. Im Endergebnis bedeutet dies, daß von jedem einzelnen Betrieb gesagt werden kann, er sei ein öffentlicher.

Die Wirtschaftslage Ungarns kann derzeit wie folgt aufgestellt werden: Dem mittelalterlichen Vereins- und Versammlungsrecht, der strengen behördlichen Überwachung der Gewerkschaften, der uneingeschränkten Ausbeutungsfreiheit des Unternehmers und der großen Arbeitslosigkeit gegenüber steht der vollständige Mangel an sozialpolitischem Gefühl, der volle Bankrott der praktischen und sozialpolitischen Gesetzgebung, die wesentliche Bevorzugung des Vorteils der Arbeitgeber gegenüber den Notwendigkeiten der Arbeiterchaft.

## Ford baut ein Werk in England

Daß es dem amerikanischen Autokönig nicht leicht gemacht wird, sich in England festzusetzen, lassen verschiedene Notizen annehmen, die wir in angelegentlich Blättern fanden. Nunmehr aber scheinen die Schwierigkeiten und Bedenken überwunden zu sein. Die Daily News bringt die von Fords englischem Vertreter kommende Kunde, daß in Dagenham an der Themse, sozusagen vor Londons Toren, Land gekauft worden ist, um hier ein Werk zu errichten, das 10 000 neuen Arbeitsplätze bietet und täglich 500 Autos fertigt. Daß es dem neuen Unternehmen an tüchtigen Arbeitern nicht fehlen wird und auch nicht an Käufern, dafür bürgen Fords Geschäftsrundzüge, die da lauten: Höchstmöglicher Lohn und kürzeste Arbeitszeit, um billigt zu produzieren und billigt zu verkaufen zu können.

Daß die englischen Fabrikanten im allgemeinen und die Autofabrikanten im besonderen von der Kunde entzückt seien, ist nicht gerade anzunehmen. Ihnen fällt der Plan auf die Nerven mit seinen verrückten Grundzügen. Anstatt daß sich Ford mit dem guten, ruhelielenden Fabrikanten verbindet, um gemeinsam Arbeiterchaft und Kundchaft zu sichern, predigt der Herr kurze Arbeitszeit, hohe Löhne und niedrige Verkaufspreise. So was ist einfach anfangbar für den europäischen Ausbeuter. Und das schlimmste ist, daß der Herr einen Erfolg hat, um den ihn alle Welt beneidet. Wer weiß, was er noch im stöhlichen England für Unheil anrichtet! Womöglich kommt es da so wie in Amerika, wo Arbeiter und Verbraucher Ford ersuchen, an ihrem Ort doch auch eine Fabrik zu errichten, um den anmaßlichen Fabrikanten die Rückständigkeit auszutreiben oder, noch besser, sie auszurauchern. Denn Unternehmer, die heute noch nach vormärzlichen Grundzügen arbeiten, verdienen zum Teufel gebracht zu werden. In all das mögen die englischen Fabrikanten denken. Sie mögen befürchten, daß Fords besserer Einfluß nicht bei der Verhandlung und Bezahlung der Arbeiter stehen bleibt, sondern sich auch bei der Preisbildung bemerkbar macht.

Indem Ford auf englischem Boden als Erzeuger festen Fuß faßt, rückt er natürlich auch den deutschen Autofabrikanten näher auf den Hals. Wollen diese den gefährlichen Wettbewerber abwehren, dann müssen sie ihn mit den Mitteln seines geschäftlichen Erfolges zu schlagen versuchen, nämlich, sie müssen die Vergütung von Kraft und Stoff unterbinden, die überreichliche Zahl ihrer Typen vermindern, dann und vor allem die Schaffenslust ihrer Arbeiter durch viel bessere Bezahlung und anständige Behandlung zu steigern trachten, um bedeutend billiger zu erzeugen und verkaufen zu können.

## Moskau und Internationales Arbeitsamt

Die kommunistische Internationale ist bekanntlich nicht gut auf das Internationale Arbeitsamt in Genf zu sprechen. Es verheißt kaum ein Tag, wo nicht ein kommunistisches Blatt das Arbeitsamt, seinen Direktor, seine Tätigkeit und seinen Zweck mit Anwürfen bedient. Für die Kommunisten hat, um ein deutsches kommunistisches Blatt aus den letzten Tagen zu zitieren, das Arbeitsamt „den Zweck, die besten Reichthümer ausfindig zu machen, wie die kapitalistische Wirtschaft erhalten und vor Gefahren geschützt und wie das Proletariat am besten unter Vorpiegelung allerlei schöner Resolutionen... über Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen vom revolutionären Klassenkampf

lichen Bezirken. Es gibt Bezirke, die nur 75 bis 100 Kilometer von der Gouvernementsstadt entfernt sind, in die aber noch kein einziges Mal ein Beamter des Volksbildungskommissariats geraten ist. Was in diesen Bezirken vor sich geht, zwingt uns zu der Feststellung, daß das Werk der Volksbildung im Dorfe sich in einem fürchterlichen Zustande befindet.“

Fran Krupstaja schildert auf Grund der Ergebnisse der amtlichen Untersuchung weiter, in welcher elenden Lage sich die Volksschullehrer befinden. Laut den zwischen den Behörden und den Bauern abgeschlossenen Verträgen mußten diese das Getreide für den Unterhalt der Lehrer liefern, das von den Behörden verteilt werden sollte. Aber diese Verträge wurden von beiden Seiten nicht eingehalten und brachten nur die Sowjetregierung in Verzug, da es Fälle gab, wo die Bauern Getreide für drei Schulen lieferten, während die Behörden nur eine Schule eröffneten. Ferner hielten sich die Bauern auch nicht an die abgeschlossenen Verträge, sondern zwangen dem Lehrpersonal andere Verträge auf. In einer Reihe von Gouvernements sind Fälle zu verzeichnen, wo die Lehrer sich in derselben Lage wie früher die Dorfschulen befinden. Der Lehrer muß abwechselnd bald bei dem einen, bald bei dem anderen Bauer essen und schlafen. Das zeigt am besten die elende wirtschaftliche Lage der Volksschullehrer.

Die Untersuchung im Gouvernement Penja ergab zahlreiche Beispiele, wo Lehrer trotz ihrer antilegalen Einstellung gezwungen waren, das Amt von Piktarletern am Sarge der Verstorbenen zu übernehmen, um nicht Hungers sterben zu müssen. Die allgemeine Regel ist hier, daß der Lehrer im Sommer sich als gewöhnlicher Arbeiter beim Dorfwohler verdient, sich in der Heimindustrie beschäftigt oder im besten Falle, wenn er aus der örtlichen Bauernschaft kommt, seine eigene Landwirtschaft betreibt. Die Bauern hegen eine heftige Abneigung gegen die ihnen aufgezwungenen Verpflegungsverträge und richten ihren Haß häufig gegen die Lehrer selbst.

abgehalten werden kann. Daß man eine dermaßen schädliche, hinterlistige, reaktionäre Einrichtung meldet, mit ihr keinerlei Beziehung pflegt, wird jedermann von den Kommunisten als etwas ganz Selbstverständliches erwarten. Allein, es ist dies nicht der Fall. Im neuesten Bericht des Direktors des Arbeitsamtes lesen wir in dem Kapitel: Die Beziehungen mit Rußland, daß 18 amtliche sowjetrussische Organisationen mit dem Arbeitsamt in regelmäßiger Austausch von Schriften und Berichten stehen, unter anderem das Kommissariat der Arbeit, das der Justiz, der Finanzen, das Amt der Sozialversicherung, die Kommunalverwaltung von Moskau, das Kommissariat des Innern. Neben den Regierungsstellen finden wir wirtschaftliche und genossenschaftliche Körperchaften bezeichnet. Sich auf dieses Verhältnis zwischen Moskau und Arbeitsamt einen Reim zu machen, ist schwer in Anbetracht der Äußerungen der kommunistischen Presse. Entweder ist das Arbeitsamt besser, als die kommunistische Presse behauptet, oder aber... Sich über diese Sache klar zu werden, kommt, wie wir meinen, eher den kommunistischen Arbeitern zu.

## Arbeiterregierungen in Australien und die Einwanderung

Vor einem Jahr gab es nur in Queensland eine Arbeiterregierung, durch die seitdem stattgehabten Wahlen sind aber noch in drei anderen Gliedstaaten des australischen Staatenbundes (Commonwealth), Tasmanien, Südastralien und Westaustralien, Arbeiterregierungen ans Ruder gelangt. In den letzteren zwei Gliedstaaten haben die Wahlen erst vor einigen Wochen stattgefunden. Auch im Staatenbund selbst wie im Gliedstaat Neusüdwales wird eine Arbeitermehrheit bei den nächsten Wahlen erwartet. Die Bestrebung der Arbeiterpartei in Australien war bisher auf die Einführung sozialpolitischer Maßnahmen für die Industriearbeiter gerichtet. In der Tat hatten sie auf diesem Gebiet sehr viel erreicht und dienen sozialpolitischen Gesetzgebungen Europas vielfach zum Muster. Allerdings haben sie hohe, die Lebenshaltung sehr verteuernde Industriezuschüsse mit in den Kauf genommen. Auch betreiben sie eine sehr konservativ auswanderungspolitisch, die nicht nur die gelben Rassen, sondern auch die weißen zurückzuführen suchte. Ebenso waren die Arbeiterparteien als Vertreter der Industriearbeiter in bezug auf die Probleme der Landwirtschaft untätig und haben für eine durchgreifende Bodenreform, die Aufteilung des Großgrundbesitzes unter die kleinen Landwirte, die in Folge der Sperrung des Landes durch den Großbesitz nur sehr schwer zu brauchbarem Boden gelangen können, nichts geleistet. Jetzt soll aber, wie der englische „Economist“ und die amerikanische Zeitschrift „The Nation“ berichten, eine radikale Wandlung in der Politik und Auffassung der Arbeiterparteien eingetreten sein. Sie planen eine Vermögensabgabe, außerdem aber eine Erhöhung der direkten Steuern, auch sind sie jetzt in der Frage der Einwanderung und der Agrarreform nicht mehr so zurückhaltend wie bisher. Sie wollen die Einwanderung, wenn auch nicht der gelben Rassen, so wenigstens für die Weißen aus allen europäischen Ländern, dessen Gebiet ebenso groß ist wie das der Vereinigten Staaten, dessen Bevölkerungszahl aber nur ein Bruchteil der letzteren ausmacht — weniger als 6 Millionen gegenüber 120 Millionen der Vereinigten Staaten — und dessen Boden im Vergleich zu dem der Vereinigten Staaten nur zu 1 v. H. bebaut ist, dringend der Einwanderer bedarf, hat sich bei der Arbeiterpartei Bahn gebrochen. Zwischen 1910 und 1914 betrug die Zahl der Einwanderer 300 000, während derselben Zeit wanderten 5 Millionen Leute nach den Vereinigten Staaten aus. Auch sollen die Arbeiterparteien den Weg zu den kleinen Landwirten, mit denen sie ursprünglich zusammenwirkten, juridisch gefunden haben und nun bereit sein, die Aufteilung des Bodens in die Wege zu leiten.

Der Stand des Schiffbaus am 30. Juni 1924. Laut Lloyds Register Shipbuilding Returns waren am 30. Juni 1924 in England und Irland 1516746 Tonnen Schiffe im Bau, was auch noch nach Abzug von 52 000 Tonnen, bei denen die Arbeit unterbrochen ist, die höchste Schiffbauziffer seit März 1922 bedeutet. In den zwölf Monaten, die dem Kriegsausbruch unmittelbar vorausgingen, war die entsprechende Durchschnittszahl 1 800 000 Tonnen. Eine beträchtliche Zunahme ist in der im zweiten Quartal 1924 neu in Arbeit genommenen Tonnage zu verzeichnen. Sie beträgt 376 210 Tonnen gegenüber 227 788 Tonnen im ersten Quartal 1924. Von der am 30. Juni in Arbeit befindlichen Gesamttonnage waren 355 590 Tonnen Motorschiffe, was 31 v. H. der im Bau befindlichen Dampfschifftonnage entspricht.

In den übrigen Ländern waren insgesamt 1 100 151 Tonnen im Bau. Davon ist bei 140 000 Tonnen die Arbeit eingestellt. Die hauptsächlichsten Länder sind wie folgt an dem Schiffneubau beteiligt: Deutschland mit 340 749 Tonnen, Frankreich mit 144 240, Italien mit 127 772, Vereinigte Staaten mit 103 665 und Holland mit 96 453 Tonnen.

## Amerikanisches

Die Reaktion in Amerika zeichnete sich in neuester Zeit durch einen Protest gegen das Verhalten der Rand School of Social Science aus, die die Flagge beim Tode Lenins auf Halbmast setzte, was als „unamerikanisch“ gebrandmarkt wird, ferner durch folgenden Ausspruch des bekannten amerikanischen Staatsmannes W. J. Bryan: „Eines Tages wird es geschehen, daß die Behörden geben, die ein Gesetz annehmen werden, demnach kein staatlich bezahlter Lehrer die Theorien der Evolution lehren darf, die die Blutsverwandtschaft des Menschen mit dem Tiere zur Grundlage haben.“

## Gewerkschaftszeitung

Wochenblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes  
Lehrreich für jeden Arbeiter und Angehörigen. Monatlich  
40 Pfg. Probenummern kostenlos bei der Verlagsgesellschaft  
des ADGB, Berlin S. 14, Inselstraße 6.

Ein weiterer Abfall ist die traurige Lage der armeren Schulkinder. Aus allen Berichten geht hervor, daß die Kinder der armen Bauern die Schulen nicht besuchen, weil sie weder Kleider noch Schulzeug haben. Die reichen Bauern finden immer die Möglichkeit, ihre Kinder auch außerhalb der Schule unterrichten zu lassen, aber für die Kinder der armeren Bauern besorgen die Schulen gleichsam nichts. Besonders gering ist der Geh der Mädchen in den Dorfschulen. Im Gouvernement Penja gibt es Dörfer, wo seit zehn Jahren kein einziges Mädchen die Schule besucht hat. Frau Krupstaja erklärte hierzu wörtlich: „Wir sprechen von dem Verschwinden des Analphabetentums und wenden für diesen Zweck viel Kraft auf. Aber dennoch nimmt das Analphabetentum immer mehr zu, und es hat jetzt einen ungeheuren Umfang erreicht. Es wächst mit jedem Tage, weil die Kinder und Jugendlichen ohne Kenntnis des Lesens und Schreibens aufwachsen.“

Eine weitere bezeichnende Erscheinung, auf die Frau Krupstaja in ihrem Bericht hinweist, ist der ungeheure Rückgang der Zeitungs- und Schriftverbreitung auf dem flachen Lande. Im Gouvernement Saratow gibt es Bezirke, in denen im Jahre 1910 unzählige revolutionäre Schriften verbreitet wurden, wo aber jetzt, in Dörfern mit etwa 300 Einwohnern keine gedruckte Zeile zu finden ist. Wo bleiben aber alle hierher gesandten Schriften? Die Antwort ergibt sich aus folgenden Tatsachen: In einem Dorfe des Gouvernements Saratow benutzte der Sekretär des Dorfschulrats im Sommer die Schulräume bewohnt, die Schulbesitzer zum Heizen des Ofens, so daß die Schule von allen Lehrbüchern entblößt wurde. Die Zeitungen, die in das Dorf gelangen, werden für Zigaretten aufgebraucht. In einem benachbarten Dorfe wurden vor der Revolution 50 Zeitungen bezogen, gegenwärtig befindet sich das Dorf in weit besseren Verhältnissen als viele andere Dörfer, bezieht aber bloß zwei Zeitungen.

Kreuzung aufzuweisen, in den wir begeistert gegangen waren, um Recht und Gerechtigkeit in der Welt herbeizuführen, der dann die Verdröpfung alles dessen war, was Christus gelehrt hat, konnte ich ihn bloß als eine Rückkehr zur Barbarei und eine Verwerfung von Christi Lehre ansehen. Und selbst heute noch — so fix ist jene Selbstentfaltung geworden — bin ich außerstande, das Recht und die Gerechtigkeit zu erkennen, die er kämpft worden sind, oder auch nur die Tatsache, daß der Krieg beendet worden sei!

Wie gesagt, all dies kommt wohl daher, daß ich die Lehre Christi viel zu ernst nehme. Wenn man bedenkt, wie viele Bibeln jährlich verteilt werden, so muß man sich wundern, daß nicht mehr Schaden am Geisteszustand der menschlichen Familie angerichtet wird. Bieleicht werden wir vor dieser Gefahr dadurch bewahrt, daß diese dieser Bibeln nicht gelesen werden, und auch durch die sorgfältige Belehrung, die den meisten, die sie lesen, gegeben wird, daß dies heilige Schrift sei und daher von allem weltlichen und unheiligen Gebrauch ferngehalten werden müsse.

Der Frankf. Beig. mitgeteilt von Billy Dubois-Raymond.

## Der Bildungsstand des russischen Dorfes

Auf dem letzten Kongreß der kommunistischen Partei Rußlands berichtete Krupstaja (Zemins Frau) folgendes:  
„Im Januar und Februar dieses Jahres unternahm das Volkskommissariat für Volksbildung eine Untersuchung in einer Reihe von Bezirken, die aus sieben verschiedenen Gouvernements ausgewählt wurden, und zwar aus den Gouvernements Pflom, Homel, Tschernow, Penja, Ural, Saratow und dem Tschumaischgebiet. Die hierzu bestimmten Kommissionen besuchten ein Dorf nach dem anderen, gingen von einer Gölle in die andere. Die in sieben großen Städten niedergelegten Ergebnisse dieser Untersuchung liefern ein niederdrückendes Bild des Standes der Volksbildung in den länd-

### Klassenkampf und Massenschulung

Im Werdegang der Menschheit stellen die Massen bis zur Stunde nicht nur das ungeheure wirtschaftliche Opfer dar, sie sind zugleich der große Segen in der Welt. Nicht nur wirtschaftlich, nicht nur politisch, sondern tiefer noch: geistig stellen die Massen in Abhängigkeit, in Hörigkeit.

Die erste historische Aufgabe, die wir zu bewältigen haben, ist die Umwandlung der Menschheit aus der Primitivität der menschlichen Vorgeschichte zum neuen Typus, zum Beherrscher der Gesellschaft, zum Repräsentanten der eigentlichen Geschichte der Menschheit.

Es ist das kein willkürlich aufgestelltes Ziel, die Aufgabe wird uns aufgezwungen durch den Klassenkampf, durch die Macht der Wirtschaftsgesetze; diese Umwandlung muß jeder einzelne in sich selbst erleben; solange er nicht spürt, daß er sich ändert und wandelt, so lange mag er auf dem Papier in den Mitgliederverzeichnissen der revolutionären Parteien, Gewerkschaften und Genossenschaften eingetragen sein als Kandidat der Überwindung der Vorkriegsstände, aber er hat die Prüfung noch nicht bestanden. Die Massen wollen den Sozialismus, aber deshalb sind sie noch nicht die Form, die Erfüller des Sozialismus. So kommt es, daß vielfach gerade die Arbeitermassen den Sozialismus erst verzerrt repräsentieren. Der Sozialismus ist größer und edler, als die proletarische Masse ihn vorläufig darzustellen vermag.

Herrschende Klassen wissen, daß zu ihrer Herrschaft die Unwissenheit der Massen gehört. Der Beherrschte durchschaut den Klassencharakter der geistigen Erscheinungen seiner Zeit nicht — darum — er sich der Züchtung hin, auch die Klassengegner mühten nichts davon. Die bürgerliche Klasse kennt keine Einrichtungen, die ihre Klassenintentionen verderben, aber sie ist erfüllt vom Wunsch, daß das Wissen in den dienenden Massen gering zu halten.

Die herrschenden Klassen, Patrizier, Grundbesitzer, Industriemagnaten, wissen, daß die Dummheit der Masse mit zur Produktion des Mehrwertes gehört. Und sie sorgen für sie. Wie aber kommt es doch, daß die Massen zu lernen beginnen? Es taucht die Frage nach den Ursprüngen, nach den Quellgründen der sich entfaltenden Massenschulung auf. Sie geht nicht auf philantropische Professoren zurück, welche den Unwissenden Vorklesungen, astronomische Klostertuppen zum besten geben. Aber auch die Arbeiterklasse ist es nicht, die sich selbst zum Wissen aufreißt. Den Geist der Massen weckt die Ökonomie, der große Betrieb, die Entfaltung der Naturwissenschaften, der Aufschwung der Technik. Die Anwendung der Wissenschaft auf das Naturleben läßt den Hauberglauben absterben; der Mensch wird gezwungen, sich der Komplexiertheit der Wirtschaft anzupassen. Bildung des einzelnen wie der Masse, sie sind nichts anderes als Anpassung des einzelnen und der Masse an ihre geschichtlichen Aufgaben. Wer die Geschichte der Volksbildung kennt, weiß, wie sie ununterbrochen der Entfaltung der Industrie nachhinkt. Das Bürgertum des 19. Jahrhunderts sah sich plötzlich in der ihm schreckhaften und tragischen Situation, es nicht zu wissen: soll man die Massen so dumm lassen, daß man sie ausbeuten kann, daß sie aber nicht fähig sind, die Maschinen zu bedienen, oder soll man sie so geistig werden lassen, daß sie zwar die Maschinen bedienen können, aber sich nicht mehr ausbeuten lassen? Der Unterschied zwischen dem ausgebeuteten und beherrschten Menschen in früheren Jahrhunderten und jetzt besteht darin, daß man früher dumm sein mußte, um ausgebeutet zu werden — daß man heute geistig sein muß, um so dumm zu sein, sich noch ausbeuten zu lassen.

Der Sozialpessimismus hat sich zu entscheiden: Will er Massen, die unfähig sind, den Arbeiterbetrieb zu bedienen, dann kann er dumme Massen haben. Will er aber die Massen geistig den großen Aufgaben der Konzentration des Kapitals anpassen, dann muß er sie geistig machen. Und da ist man auf die gloriose Idee der Dozierung des Massenverbandes gekommen. Das ganze geistige Ringen des 19. Jahrhunderts, alle Synthesen, der ganze Kampf um die geistigen Güter geht nun wieder anders als um ein höheres Ziel und Ergebnis. Da macht die proletarische Klasse immer kraftvoller empore, sie zeigt die Widerständigkeit, ein bißchen mehr lesen und schreiben zu wollen. Ja, die Proletarier interessieren gerade das bißchen mehr, das man sie nicht lehren will. Das noch nicht erloschene Interesse des Proletariats. Mit wunderbarem Klasseninstinkt fühlt es, daß gerade dieses Mehr das Richtige ist. Der Seele des ringenden Arbeiters handelt es sich zwar um das Wissenwollen des Unwissenden. Er läßt in täglichen Leben Verhüllungen, das Verfüllte möchte er durchschauen.

Das Maß von Wissen, die Eroberung des Wissens, das Formen des Gedankens, des Charakters, des Verhaltens, sie sind eine Klassenangelegenheit in dieser Klassenzerfallenen Gesellschaft.

Wir haben erkannt: wo die Wirtschaftsverhältnisse einseitig sind, ist den Herrschenden das Wissen der Masse überflüssig; erst die Entfaltung der modernen Wirtschaft erzwingt die geistige Anpassung der Massen an die komplizierte Arbeit — in Dozierungen. Jede Schulreform, jeder Kampf um einen Lehrplan sind Kämpfe um die Dozierung des Wissensstoffes.

Am Anfang der sozialen Erhebung hatte das Proletariat keine Ahnung davon, daß es diese ganze Wirtschaft weisern kann; die Maschine, die ansaugh, war der große Räuber, der den Arbeiter um den Arbeitsplatz bringt; wie man den Räuber wieder schlägt, der einen schlägt, muß man das Weil, womöglich das Recht, sich selbst zu wehren, bei Handhaben in die Fänge, bringt in den Klassenkampf und schlag die Maschine nieder. Das ist der Klassenkampf, er ist überlegen, mit der Kraft seiner Klassen hat seiner Feinde entledigen zu können. In unendlichen Variationen stellt dieser Klassenkampf auch in den Massen. Alle Gewalttheorien gehen zurück auf die primitive Verfassung, die Anwendung der Wissenschaft auf die Wirtschaft, wie sie der Kapitalismus darstellt, sei mit Unwissenheit, mit tödlicher Einsamkeit, mit Furchen zu hindern, zu überwinden. Es sind immer die angeführten Massen, die Gewalt als Lösung probieren.

Wir geben aus der Züchtung nicht hin, es hängt auf dem Boden der Gegenwart stehen, die Massen treiben in den Dörfen des Wissensstoffes zu bringen. Es heißt das treibende Motiv in dem unerschütterlichen bürgerlichen Lehrer, in der bürgerlichen Wissenschaft, es heißt aber auch die wirtschaftlichen Zusammenhänge für die Massen. Die Kräfte, Unterernährung, Hunger, Krankheit, kalte Wohnungen, Luftverschmutzung und sonstige Verhältnisse der Massen der geistigen Kräfte zu höherer Stufe, geistiger zu Erhebung. Die Schulen in der Arbeiterklasse wissen, wie sie in ihrem Lehrgang ununterbrochen geistig und geistig werden durch die Sorge um Brot und Arbeit.

Nach die proletarische Führungskraft, auch der proletarische Kampf um den Geist innerhalb unserer Reihen hat seine Schranken an der heutigen Gesellschaft. Der Willkür des Proletariats, hat Otto Bauer, Führer des Arbeiterpartei, ausgesprochen, daß sie heute als Proletarier die Wirtschaft leiten, eine Entscheidung geistiger Natur. Und so ist jeder Tag ein neuer Kampf um die geistige Führung der Arbeiterklasse, die heute die Führung der Arbeiterklasse zu übernehmen. Es sind immer die angeführten Massen, die Gewalt als Lösung probieren.

Wir geben aus der Züchtung nicht hin, es hängt auf dem Boden der Gegenwart stehen, die Massen treiben in den Dörfen des Wissensstoffes zu bringen. Es heißt das treibende Motiv in dem unerschütterlichen bürgerlichen Lehrer, in der bürgerlichen Wissenschaft, es heißt aber auch die wirtschaftlichen Zusammenhänge für die Massen. Die Kräfte, Unterernährung, Hunger, Krankheit, kalte Wohnungen, Luftverschmutzung und sonstige Verhältnisse der Massen der geistigen Kräfte zu höherer Stufe, geistiger zu Erhebung. Die Schulen in der Arbeiterklasse wissen, wie sie in ihrem Lehrgang ununterbrochen geistig und geistig werden durch die Sorge um Brot und Arbeit.

Nach die proletarische Führungskraft, auch der proletarische Kampf um den Geist innerhalb unserer Reihen hat seine Schranken an der heutigen Gesellschaft. Der Willkür des Proletariats, hat Otto Bauer, Führer des Arbeiterpartei, ausgesprochen, daß sie heute als Proletarier die Wirtschaft leiten, eine Entscheidung geistiger Natur. Und so ist jeder Tag ein neuer Kampf um die geistige Führung der Arbeiterklasse, die heute die Führung der Arbeiterklasse zu übernehmen. Es sind immer die angeführten Massen, die Gewalt als Lösung probieren.

Wir geben aus der Züchtung nicht hin, es hängt auf dem Boden der Gegenwart stehen, die Massen treiben in den Dörfen des Wissensstoffes zu bringen. Es heißt das treibende Motiv in dem unerschütterlichen bürgerlichen Lehrer, in der bürgerlichen Wissenschaft, es heißt aber auch die wirtschaftlichen Zusammenhänge für die Massen. Die Kräfte, Unterernährung, Hunger, Krankheit, kalte Wohnungen, Luftverschmutzung und sonstige Verhältnisse der Massen der geistigen Kräfte zu höherer Stufe, geistiger zu Erhebung. Die Schulen in der Arbeiterklasse wissen, wie sie in ihrem Lehrgang ununterbrochen geistig und geistig werden durch die Sorge um Brot und Arbeit.

Nach die proletarische Führungskraft, auch der proletarische Kampf um den Geist innerhalb unserer Reihen hat seine Schranken an der heutigen Gesellschaft. Der Willkür des Proletariats, hat Otto Bauer, Führer des Arbeiterpartei, ausgesprochen, daß sie heute als Proletarier die Wirtschaft leiten, eine Entscheidung geistiger Natur. Und so ist jeder Tag ein neuer Kampf um die geistige Führung der Arbeiterklasse, die heute die Führung der Arbeiterklasse zu übernehmen. Es sind immer die angeführten Massen, die Gewalt als Lösung probieren.

Wir geben aus der Züchtung nicht hin, es hängt auf dem Boden der Gegenwart stehen, die Massen treiben in den Dörfen des Wissensstoffes zu bringen. Es heißt das treibende Motiv in dem unerschütterlichen bürgerlichen Lehrer, in der bürgerlichen Wissenschaft, es heißt aber auch die wirtschaftlichen Zusammenhänge für die Massen. Die Kräfte, Unterernährung, Hunger, Krankheit, kalte Wohnungen, Luftverschmutzung und sonstige Verhältnisse der Massen der geistigen Kräfte zu höherer Stufe, geistiger zu Erhebung. Die Schulen in der Arbeiterklasse wissen, wie sie in ihrem Lehrgang ununterbrochen geistig und geistig werden durch die Sorge um Brot und Arbeit.

Nach die proletarische Führungskraft, auch der proletarische Kampf um den Geist innerhalb unserer Reihen hat seine Schranken an der heutigen Gesellschaft. Der Willkür des Proletariats, hat Otto Bauer, Führer des Arbeiterpartei, ausgesprochen, daß sie heute als Proletarier die Wirtschaft leiten, eine Entscheidung geistiger Natur. Und so ist jeder Tag ein neuer Kampf um die geistige Führung der Arbeiterklasse, die heute die Führung der Arbeiterklasse zu übernehmen. Es sind immer die angeführten Massen, die Gewalt als Lösung probieren.

Wir geben aus der Züchtung nicht hin, es hängt auf dem Boden der Gegenwart stehen, die Massen treiben in den Dörfen des Wissensstoffes zu bringen. Es heißt das treibende Motiv in dem unerschütterlichen bürgerlichen Lehrer, in der bürgerlichen Wissenschaft, es heißt aber auch die wirtschaftlichen Zusammenhänge für die Massen. Die Kräfte, Unterernährung, Hunger, Krankheit, kalte Wohnungen, Luftverschmutzung und sonstige Verhältnisse der Massen der geistigen Kräfte zu höherer Stufe, geistiger zu Erhebung. Die Schulen in der Arbeiterklasse wissen, wie sie in ihrem Lehrgang ununterbrochen geistig und geistig werden durch die Sorge um Brot und Arbeit.

Nach die proletarische Führungskraft, auch der proletarische Kampf um den Geist innerhalb unserer Reihen hat seine Schranken an der heutigen Gesellschaft. Der Willkür des Proletariats, hat Otto Bauer, Führer des Arbeiterpartei, ausgesprochen, daß sie heute als Proletarier die Wirtschaft leiten, eine Entscheidung geistiger Natur. Und so ist jeder Tag ein neuer Kampf um die geistige Führung der Arbeiterklasse, die heute die Führung der Arbeiterklasse zu übernehmen. Es sind immer die angeführten Massen, die Gewalt als Lösung probieren.

Wir geben aus der Züchtung nicht hin, es hängt auf dem Boden der Gegenwart stehen, die Massen treiben in den Dörfen des Wissensstoffes zu bringen. Es heißt das treibende Motiv in dem unerschütterlichen bürgerlichen Lehrer, in der bürgerlichen Wissenschaft, es heißt aber auch die wirtschaftlichen Zusammenhänge für die Massen. Die Kräfte, Unterernährung, Hunger, Krankheit, kalte Wohnungen, Luftverschmutzung und sonstige Verhältnisse der Massen der geistigen Kräfte zu höherer Stufe, geistiger zu Erhebung. Die Schulen in der Arbeiterklasse wissen, wie sie in ihrem Lehrgang ununterbrochen geistig und geistig werden durch die Sorge um Brot und Arbeit.

### Arbeiterinnenbeschäftigung

Die Fraktionsvertreter der Sozialdemokratie im Hauptausschuß des preussischen Landtags haben sich bemüht, die Arbeiterinnen zu schützen gegen den in der gegenwärtigen Zeit besonders blühenden Lohnraub und die Beschäftigung von Frauen in bergbaulichen Betrieben. Weibliche Arbeitskräfte werden in diesen Betrieben recht oft mit Arbeiten beschäftigt, die nach § 164 a der Gewerbeordnung für Frauen verboten sind. Frauennarbeit dieser Art ist nach den Berichten der Oberbergämter erlaubt worden, weil sich andere Arbeitskräfte für diese Arbeiten nicht fanden und weil für viele Frauen in jenen Gegenden andere Erwerbsmöglichkeiten nicht offen standen. Es handelt sich zum Teil um Arbeiten, die früher von ausländischen Arbeitern verrichtet wurden, die anzuführen inländische Arbeiter sich weigerten, weil sie ihnen zu schmutzig waren und als zu niedrig galten.

Bei den Beratungen im Hauptausschuß des Landtags wurde deshalb angeregt, für die Beschäftigung von Frauen in bergbaulichen Betrieben die Erfahrungen der Abteilung der Handels- und Gewerbeverwaltung auf dem Gebiete der Arbeiterinnenbeschäftigung nutzbar zu machen, in der seit einem Jahre eine Frau als Regierungsrat tätig ist. Ein entsprechender Antrag wurde angenommen.

Einstimmige Annahme fand ferner ein von den Sozialdemokraten gestellter Antrag, der den Heimarbeiterinnen die Durchführung der Bestimmungen des Heimarbeiterlohngesetzes vom 30. Juni 1923 beschaffen soll. Das Gesetz überläßt es den Landesbehörden, die Bestimmungen zur Durchführung zu bringen, nach der die vorgegebenen Fachanschlüsse das Entgelt für Heimarbeiter festsetzen können, falls diese hinter den üblichen Arbeitslohn zurückbleiben. Bis vor kurzem konnten die Organe der preussischen Gewerbeaufsicht, die mit der Aufgabe betraut waren, aber aus Mangel an Mitteln auf diesem Gebiete nichts Wesentliches unternehmen. Nach dieser Richtung ist nach den Erklärungen der Regierung jetzt eine Änderung eingetreten. Es wird nun an den Vertretern der organisierten Arbeiterkräfte liegen, die Hilfe der in Frage kommenden Behörden anzurufen, wo sie aus eigener Kraft die Ausbeutung von Heimarbeiterinnen nicht beseitigen können.

Die organisierte Arbeiterkraft darf sich darüber aber keiner Züchtung hingeben, daß selbst die beste amtliche Tätigkeit auf dem großen Gebiete der Arbeiter- und Angestelltenkämpfe die Gewerkschaften der Aufgabe nicht entbehrt, auch ihrerseits für den Schutz von Leben und Gesundheit der auf Erwerbsarbeit angewiesenen Männer und Frauen zu wirken und daß allein schon zur Erfüllung dieser Aufgabe leistungsfähige Gewerkschaften eine Notwendigkeit sind.

Gertrud Hauna.

### Arbeiterkulturwoche

Vom 2 bis 6. August findet in Leipzig die erste sozialistische Arbeiterkulturwoche statt, die dazu beitragen soll, das Arbeiterbildungsweien durch richtige Zusammenarbeit fruchtbarer zu gestalten. Einiges aus dem Programm der Kulturwoche: Am 3. August: Erklärungsrede der Wandlung von E. Toller; Gewerkschaftsfeier im Lampark mit Massenfeierlichkeiten in der Nacht; Kulturwochenfest am 4. August: Kulturkonferenz: Die kulturelle Not der Gegenwart, Redner Paul Löbe, M. d. R., Radbruch, Reichsjustizminister a. D., Clara Zetkin-Schuch, M. d. R. Am 6. August: Schlußfeier Alberthalle, Aufführung des Chorwerkes Samson von Pöndel.

In ihrem Rahmen wird weiterhin eine Kunstausstellung veranstaltet in den Räumen des Kunstvereins Silbermann, in der vor allem Werke von deutschen und ausländischen Künstlern gezeigt werden sollen, deren Schaffen sozial beeinflusst ist. Die Ausstellung verpricht in ihrer Art einzig zu werden, da in dieser Falle soziale Kunst noch nicht gezeigt worden ist. Alles Nähere durch das ABZ Leipzig, Trautstraße 17.

### Schamlose Ausnützung ausländischer Wohltätigkeit

Im neuesten Heft der Weltbühne, der auch für den Arbeiter sehr lesenswertes Material, lesen wir folgendes:

Die deutsche Welt. Die Schweizerhilfe ist eine Einrichtung der Menschlichkeit. Wie so manche andere Edeltaten ist das kolonialistische Ehepaar Andreas Kugler im Kanton Basel das Seine, um zu verhindern, daß der deutsche Reichstag das deutsche Geld vermehre. Zwei deutsche Kinder werden bei ihnen aufgenommen und gut gepflegt. Diese Knaben sind zwar aus Planen — aber das kann vorkommen. Diese Knaben sind zwar gar nicht herzig, sondern recht ungezogen — aber auch das kann vorkommen. Nach sechs schrecklichen Wochen verläßt das Schweizerpaar auf das Liebeswort und beschließt, die Sprößlinge zurückzuschicken, zu welchem Zweck an die deutsche Heimatsbehörde geschrieben wird.

Was dahin lag noch nichts Außergewöhnliches vor. Alles das konnte vorkommen. Dann allerdings lief die Antwort der Heimatsbehörde ein. Diese heißt, dem Schreiben der ausländischen Eheleute könne leider jetzt nur noch entprochen werden. Das Haus der Eltern sei verpflochten, die Eltern seien vertriebt.

Die Eltern waren in Sankt Moritz. Solche Schamlosigkeit ist natürlich gerügt, das Liebeswort des Auslandes an bedürftiger, deutschen Kindern zu üben. Es ist Pflicht der organisierten Arbeiterkraft in Plänen und an allen anderen Orten, die Besätze hart zu überwachen, die die Kinder ausnützt.

Der Wohnungsmangel. Als Tochtergesellschaft der Reichsbahn-Gesellschaft L.S. in Berlin wurde von den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Hessen-Rheins im Verein mit Bau- und Siedlungsgesellschaften unter der Firma „Gewobag“, Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft L.S. Hessen und Rhein mit dem Sitz in Frankfurt a. M., ein Unternehmen ins Leben gerufen, das sich zur Aufgabe stellt, durch Verleihen billiger Siedlungshäuser die Wohnnot der letzten Massen zu beseitigen. Das Tätigkeitsgebiet der Gewobag erstreckt sich über Hessen-Rheins, Hessen und Baden und das letzte Gebiet am Rheinsberg. Es werden als Regel Zweifamilienhäuser mit zwei, drei oder vier Zimmern und dazu Bad, Küche und Keller herbeigeführt werden; zu jeder Wohnung gehört ein Stück Garten. Die Gesellschaft geht mit jeder Wohnung einverstanden, der je nach Größe der gewünschten Wohnung ein Eigenkapital von etwa 200 bis 400 M. zur Verfügung stellen kann, einen Betrag auf Verpfändung einer Wohnung ein, gibt aber auch denen, die über diese Summen noch nicht verfügen, Gelegenheit, ihre Einrichtungen zu besorgen. Sie nimmt zum ausschließlichen Kapital Darlehensgelder in jeder Höhe entgegen, vergibt sie und erhält sie wertlos zurück und stellt bei Entzug des täglichen Verpfändungsrechts. Außerdem werden Darlehen bis 1 M. des Stück ausgegeben, die in Karten einzulösen sind. Einmalige der Gewobag zur Verfügung gestellten Gelder sind keine Wohnungsgelder, sondern dienen als Vorlehen Eigentum des Schuldners. Keine Auskunft erteilt die Gesellschaft Frankfurt a. M., Poststr. 1.

Verleihen der Wohnung. Die Weltbühne die Justizminister getrieben hat, gibt folgendes Beispiel: Ein alter Hundertmarkschein trägt 1 M. Summe. Eine Million Papiermark in Hundertmarkscheinen wiegt 15 Tonnen. Eine Million Papiermark in Hundertmarkscheinen wiegt 15 Tonnen. 15 Tonne sind die Tragkraft eines Güterwagens. Ein alter Hundertmarkschein wiegt 100 Millionen Papiermark. Ein alter Goldbarren wiegt 200 Millionen Papiermark. Um einen alten Hundertmarkschein mit Hundertmarkscheinen zu tauschen, braucht man zum Transport des Geldes 300 Güterwagen zu je 15 Tonne. Würde man die Hundertmarkscheine, die den Wert des alten Hundertmarkscheins ausmachen, auszugeben, so ergäbe das ein 2 und von der dreizehnhundertfachen Länge des Erdumfangs. Das gleiche Beispiel auf ein Paar Arbeiterkämpfe angewandt, ergäbe astronomische Zahlen.

### Eingegangene Schriften

Berichte von der Eisernen Internationale. Vom Sekretär der Internationalen Metallarbeiter-Bundes haben wir seinen Tätigkeitsbericht für die Jahre 1921 bis 1924 erhalten, als auch die Sammlung der Berichte der unserer Internationale angeschlossenen Verbände. Beide Schriften sind eine Fundgrube für jeden, der sich mit dem Stand der Organisationen der Metallarbeiter und deren Wirtschaftslage beschäftigt. Der Bericht über die Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten ist geeignet, das Rätsel, das das Land der unbegrenzten Möglichkeiten noch für manchen darstellt, mit lösen zu helfen. Aber auch die Schilderungen der anderen Landesorganisationen sind äußerst lehrreich. Wir möchten unsern Ortsverwaltungen raten, die beiden Berichte, die übrigens in einem Band vereinigt zu haben sind, für ihre Bücherei zu beschaffen.

Kompost-Bücherei nennt sich eine Schriftenreihe, die der Verlag G. Köpfer, Nordhausen, herausbringt und die wir den Kollegen zur Beachtung empfehlen. A 4: Das neue Arbeitsrecht, unter besonderer Berücksichtigung des Betriebsratsgesetzes. Ein Handbuch für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, zugleich ein Leitfaden für Berufs- und Betriebsratschulen von Fr. Rosenkranz. — A 10: Fach- und Betriebsratschulen von Fr. Rosenkranz und Urheber. Handbuch für Patentrecht, Musterrecht, Warenzeichen und Urheberrecht von Ingenieur F. K. a. m. a. n. n., Regierungsinspektor im Reichspatentamt. — A 12: Der Deutsche als Volksglied und Reichsbürger. Eine Einführung in die Reichsverfassung vom 11. August 1919 von August Müller, Stadtrat und Stadtschulrat in Fürth in Bayern. — C 11: Die Elektrizität. Experimentelle Einführung in die Elementarphysik unter Berücksichtigung der Röntgenstrahlen und der drahtlosen Telegraphie. Gemeinverständlich dargestellt von Dr. F. H. i. e. m. e., Physiker. Mit 75 Textabbildungen. — E 6: Grundriss des Zeichenunterrichts der Berufs- und Fachschulen sowie zum Selbststudium von Wilhelm L. d. e. Mit 28 Tafeln und 53 Textfiguren. — F 14: Vortragsreden für erste und frohe Stunden. Gesammelt von Willy Knaeche. Eine große Anzahl der schönsten und feinsten älterer, neuerer und neuester Dichter sind geschmackvoll und sinnlich zusammengestellt.

### Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag den 27. Juli ist der 31. Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. Juli bis 2. August 1924 fällig.

Arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, die öffentlichen Arbeitsämter zu besuchen. Umschauen ist zu vermeiden. Anstandslos über einzelne Firmen erstellen unsere Geschäftsstellen bezw. die Bevollmächtigten oder Kassierer.

Aufforderung zur Rechtsfertigung: Die nachgenannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungen, denen Adressen der Aufgeforderten bekannt sind, wollen diese an den Vorstand melden.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Herne: Der Schlosser Gotthold Schöber, geb. am 28. März 1879 zu Lubochow, Mitgliedsbuch Nr. 2.64009, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Sautawerk: Der Metallarbeiter Franz Habelock, geb. am 10. Januar 1888 zu Hoyerwerda, Mitgliedsbuch Nr. 4.386106, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Rosenheim: Der Schlosser Heinrich Babel, geb. am 4. Juli 1880 zu Mötting, Mitgliedsbuch Nr. 2.919018, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Schweinfurt: Der Metallarbeiter Johann Metz, geb. am 11. Februar 1888 zu Sennfeld, Mitgliedsbuch Nr. 1.432832, wegen Nichtabrechnen mit Beitragsmarken.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Zweibrücken: Der Former Franz Jungfleisch, geb. am 10. Oktober 1888 zu Ars a. d. Mosel, Mitgliedsbuch Nr. 5.157870, wegen Unterschlagung.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Bergen i. Bayern: Der Hilfsarbeiter Donat Bauer, geb. am 7. Dezember 1902 zu Bergen i. Bayern, Mitgliedsbuch Nr. 5.562626, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Mühlhausen i. Th.: Der Former Wilhelm Siegmund, geb. am 28. Juni 1894 zu Mühlhausen i. Th., Mitgliedsbuch Nr. 4.736067, wegen Unterschlagung.

Der Schmied Wilhelm Nitsche, geb. am 9. November 1878 zu Berlin, Mitglied des Österreichischen Metallarbeiter-Verbandes, Buch Nr. 12950, wird aufgefordert, seine Adresse dem Landessekretariat des Österreichischen Metallarbeiterverbandes für Tirol und Vorarlberg in Innsbruck, Salurnerstr. 2, sofort anzugeben. Ortsverwaltungen oder Mitglieder, denen der Aufenthalt von N. bekannt ist, werden gebeten, obiger Stelle Mitteilung zu machen.

Stuttgart, Rätestraße 16. Der Vorstandsvorsitz.

### Zur Beachtung! Zugang ist fernzuhalten:

von Elektromotoren nach Hamburg; nach Wiesdorf a. Rh. L.; von Formern und Gießereiarbeitern nach Schönaichbach bei Zriberg (Kaiser & Werneth) D.; von Gravuren, Schnittschloßern und Fallhammerarbeiten nach Aichaffenberg (Geinrich Rohl) D.; von Panzermaschinen nach Summersbach (Gebrüder Höfer, Kaiser) L.; von Metallbrütern nach Danzig L.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Aue (Firma Trageh. Schmittwerkzeug- und Maschinenfabrik Schwarzengenberg) D.; nach Bayreuth (Eisenwerk Hensel, Messerfabrik Leupold in Gesees) A.; nach Berlin D.; nach Koburg; nach Ulm a. D. (G. D. Wagner, A. G.) D.

L = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St = Streit in St; St = Streit; W = Wahrungelung; Mi = Mißstände; A = Ausbesserung. Arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung genannt ist, Ortsverwaltung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzugehen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zuerst angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Anträge auf Bergütung von Sperrern müssen von den Ortsverwaltungen und Bergütungsstellen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

### Verbandsanzeigen

Stolz i. P. Es wird gebeten, den Aufenthalt des Drehers Willy Hiemann, geboren in Stolp, Buchnummer 5.011.863 mitzuteilen an P. Schielmann, Stolp i. P., Dittsch 9.

Druck und Verlag: Druckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rätestraße 16.